

Das Comeback

Autor(en): **Ferguson, Niall**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **91 (2011)**

Heft 989

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735279>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

5 Das Comeback

China hat genug von der 500jährigen Vorherrschaft des Westens. Das Reich der Mitte will zurück dahin, wo es sich selber sieht – ins Zentrum.

von Niall Ferguson

«Jetzt sind wir die Herrscher.» Ich frage mich, ob US-Präsident Barack Obama diese Worte in einer Gedankenblase über dem Kopf seines Amtskollegen Hu Jintao sah, als er ihm im November 2010 am G-20-Gipfel in Seoul gegenüberstand. Vielleicht hörte Finanzminister Timothy Geithner ebenfalls ein imaginäres «Jetzt sind wir die Herrscher», als die Chinesen seinen Vorschlag abschmetteten, die Ungleichgewichte der globalen Währungsreserven zu begrenzen.

«Jetzt sind wir die Herrscher»: so lautete der Refrain, den ich hörte, als ich kurz nach dem G-20-Gipfel und letzten Monat wieder in China war. Es war das nicht zur Schau getragene, aber unmissverständliche Selbstvertrauen chinesischer Ökonomen, das mir klarmachte: in den Beziehungen zwischen China und dem Westen hat sich etwas verändert.

Einer von ihnen, Cheng Siwei, erzählte mir während eines Dinners von Chinas Plan, die führende Rolle in grüner Energietechnologie zu übernehmen. Zwischen Schlücken von Reiswein skizzierte Xia Bin, ein Berater der Chinesischen Volksbank, die Notwendigkeit eines umfassenden Privatisierungsprogrammes, «inklusive Volkskongresshalle» – eines der symbolträchtigsten Bauwerke in Peking. Und in fehlerlosem Englisch offenbarte mir David Li, Professor der Tsinghua-Universität, wie unzufrieden er mit der Qualität chinesischer Universitätsabgänger sei, die einen Dokortitel trügen.

Man könnte sich keine klügeren Leute vorstellen, um heute die beiden interessantesten Fragen der Wirtschaftsgeschichte zu

diskutieren: Wie kam es dazu, dass der Westen fünf Jahrhunderte nach dem Bau der Verbottenen Stadt nicht nur China, sondern die ganze Welt dominierte? Und: Neigt sich diese Zeit westlicher Dominanz dem Ende zu?

Die sechs «Killer-Apps» des Westens

In einer brillanten, noch nicht auf Englisch übersetzten Publikation erschüttern David Li und sein Mitautor Guan Hanhui die gängige Auffassung, dass sich China bis 1800 ökonomisch Kopf an Kopf mit dem Westen befand. Wie sie zeigen, stagnierte das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Ming-Ära (1402–1626) und war deutlich tiefer als jenes des vorindustriellen Grossbritanniens. China hatte damals noch immer eine überwiegend bäuerlich dominierte Wirtschaft mit einer tiefen Produktivität der Agrarwirtschaft, die 90 Prozent des BIP ausmachte. Im späten Ming-China gab es keine Kapitalakkumulation – eher das Gegenteil davon. Was Kenneth Pomeranz, Professor für Geschichte an der University of California, Irvine, als «grosse Divergenz» zwischen Ost und West bezeichnete, begann also viel früher als lange gedacht.

In den darauffolgenden Jahrhunderten hielt die Stagnation an, und im 19. und 20. Jahrhundert sackte China sogar ab. Derweil preschte die englischsprachige Welt vor, dicht gefolgt von Nordwesteuropa. Im Jahr 1820 war das Pro-Kopf-BIP der USA doppelt so hoch wie das Chinas; 1870 war es fünfmal höher; 1913 betrug das Verhältnis beinahe zehn zu eins.

Trotz der schmerzhaften Unterbrechung durch die Grosse Depression wider-

Niall Ferguson

Niall Ferguson ist Professor für Geschichte an der Harvard University und Autor von «Der Westen und der Rest der Welt: Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen» (erscheint im Oktober auf Deutsch).

fuhr den USA nichts ähnlich Verheerendes wie die elenden Torturen Chinas Mitte des 20. Jahrhunderts: Revolution, Bürgerkrieg, japanische Invasion, mehr Revolution, eine durch Menschen verursachte Hungersnot und nochmals mehr («kulturelle») Revolution. Im Jahr 1968 war der durchschnittliche Amerikaner – kaufkraftbereinigt – 33mal reicher als der durchschnittliche Chinese.

Das war das ultimative globale Ungleichgewicht – das Resultat mehrerer Jahrhunderte von ökonomischer und politischer Divergenz. Wie kam es dazu? Und: ist es nun vorbei?

Nach drei Jahren Forschung kam ich zum Schluss, dass der Westen sechs «Killer-Apps» entwickelt hat, die dem «Rest» der Welt fehlten:

- Wettbewerb: Europa war politisch fragmentiert; in jeder Monarchie oder Republik gab es eine Vielzahl von Gebietskörperschaften, die in gegenseitigem Wettbewerb standen.
- die wissenschaftliche Revolution: alle grossen Durchbrüche des 17. Jahrhunderts in Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie und Biologie erfolgten in Westeuropa.
- der Rechtsstaat und parlamentarische Regierungssysteme: dieses optimale System sozialer und politischer Ordnung entstand in der englischsprachigen Welt auf

der Basis von Eigentumsrechten und der Vertretung der Eigentümer in gewählten Legislativen.

- moderne Medizin: beinahe alle grossen Fortschritte im Gesundheitswesen des 19. und 20. Jahrhunderts, inklusive der Bekämpfung von Tropenkrankheiten, wurden von Westeuropäern und Nordamerikanern gemacht.
- die Konsumgesellschaft: die industrielle Revolution fand dort statt, wo es sowohl ein Angebot von produktivitätserhöhenden Technologien als auch eine Nachfrage nach mehr, besseren und billigeren Gütern gab.
- die Arbeitsethik: Bewohner des Westens waren weltweit die ersten Menschen, die eine höhere extensive und intensive Arbeitsproduktivität mit höheren Sparquoten kombinierten und dadurch eine nachhaltige Kapitalakkumulation ermöglichten.

Diese sechs «Killer-Apps» waren der Schlüssel zum Aufstieg des Westens. Die Geschichte unserer Zeit beruht darauf, dass der «Rest» begann, diese Apps «herunterzuladen» – den Anfang machten die Meiji-Kaiser in Japan (1867–1912). Dieser Prozess verlief alles andere als reibungslos. Weil die Japaner keine Ahnung hatten, welche Elemente der westlichen Kultur entscheidend waren, kopierten sie einfach alles: von westlicher Kleidung und Frisuren bis zur Praxis der Kolonisierung fremder Völker. Dummerweise haben sie den Aufbau ihres Imperiums just zu jenem Zeitpunkt vorangetrieben, als die Kosten des Imperialismus seinen Nutzen zu übersteigen begannen. Andere asiatische Mächte – insbesondere Indien – verschwendeten Jahrzehnte mit der falschen Prämisse, dass die von der Sowjetunion forcierten sozialistischen Institutionen jenen der westlichen Marktwirtschaft überlegen seien.

In den 1950er Jahren begann jedoch eine wachsende Gruppe von ostasiatischen Ländern damit, Japan in der Nachahmung des westlichen Industriemodells nachzuahmen. Das begann bei Textilien und Stahlverarbeitung und stieg die Wertschöpfungskette hinauf. Das Herunterladen der westlichen Apps wurde nun selektiver.

Wettbewerb und parlamentarische Regierungssysteme machten keinen grossen Teil der asiatischen Entwicklung aus, die sich stattdessen mehr auf Wissenschaft, Medizin, Konsumgesellschaft und Arbeitsethik fokussierte (weniger protestantisch, als Max Weber dachte).

Heute belegt Singapur auf der Rangliste des World Economic Forums über die wettbewerbsfähigen Länder den 3. Platz. Hongkong liegt auf dem 11. Platz, gefolgt von Taiwan (13.), Südkorea (22.) und China (27.). Dies entspricht, historisch gesehen, ungefähr der Reihenfolge, in der diese Länder ihre Wirtschaft verwestlichten.

Währungskrieg

Die chinesische war die grösste und schnellste aller industriellen Revolutionen. Binnen 26 Jahren wuchs Chinas BIP um Faktor zehn. Bis Grossbritannien nach 1830 ein Wachstum des Faktors vier erreichte, dauerte es 70 Jahre. Vor fünf Jahren, vor dem Ausbruch der Finanzkrise, prognostizierte Goldman Sachs, dass China die USA gemessen am BIP im Jahre 2027 überholen werde. Die jüngsten Schätzungen des Internationalen Währungsfonds verschoben den Zeitpunkt des Einholens auf 2016.

In gewisser Weise hat das asiatische Jahrhundert bereits begonnen. China steht kurz davor, den amerikanischen Anteil an der weltweiten Produktion zu übertreffen, Deutschland und Japan wurden bereits überholt. Chinas grösste Stadt, Shanghai, steht in Ranglisten der Megacities dieser Welt weit oben, dicht gefolgt von Mumbai; amerikanische Städte sucht man vergebens.

Nichts wird die Verschiebung der ökonomischen Macht von West nach Ost mehr beschleunigen als die sich abzeichnende Schuldenkrise der USA. Gewiss, die übermässig verschuldeten Länder der Eurozone befinden sich in einer Notlage. Aber die Schuldenquote im Verhältnis zu den Steuereinnahmen der amerikanischen Bundesregierung ist nach Angaben von Morgan Stanley eigentlich gleich schlecht wie die griechische. Raum zum Atmen verschafft den USA nur ihr «exorbitantes Privileg», die weltweit führende Reservewährung drucken zu können. Genau dieses Privileg be-

findet sich jedoch unter zunehmendem Beschuss der chinesischen Regierung.

Vielen Kommentatoren schien es, als hätte die letztjährige Wiederaufnahme des *quantitative easing* der amerikanischen Notenbank einen Währungskrieg zwischen den USA und China ausgelöst. Wenn die «Chinesen keine Massnahmen ergreifen», die Manipulation ihrer Währung zu beenden, erklärte Obama im letzten September in New York, dann «haben wir andere Mittel, um die amerikanischen Interessen zu schützen». Die Reaktion des chinesischen Premierministers Wen Jiabao folgte postwendend: «Setzt uns und den Wechselkurs des Renminbi nicht unter Druck. Viele unserer exportierenden Unternehmen müssten schliessen, Wanderarbeiter müssten in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Wenn China soziale und ökonomische Turbulenzen erlebt, wäre das ein Desaster für die ganze Welt.»

Derartige Dialoge sind eine Form traditionell chinesischen Schattentheaters. Tatsächlich erleben wir heute einen Währungskrieg zwischen «Chimerika» – so nannte ich die vereinigten Volkswirtschaften von China und Amerika* – und dem Rest der Welt. Wenn die USA Geld drucken und China seine Währung de facto an den Dollar bindet, profitieren davon beide Parteien. Die Verlierer sind Länder wie Brasilien, Indonesien und die Schweiz, deren Wechselkurse steigen.

Wer profitiert nun mehr von dieser Partnerschaft? Chinas Wachstumsquote liegt bei knapp unter zehn Prozent, die Arbeitslosenquote der USA ist etwa auf dem gleichen Niveau: die Antwort scheint also klar. Amerikanische Politiker mögen das Mantra «Sie brauchen uns genauso wie wir sie!» wiederholen. Aber die Chinesen haben bereits einen Plan, mit dem sie ihre Abhängigkeit von Dollarreserven und subventionierten Exporten reduzieren können. Es handelt sich weniger um eine Strategie zur Erlangung der Weltherrschaft nach dem Modell des westlichen Imperialismus als vielmehr um eine solche zur Wiederherstellung von China als Reich der Mitte – dem dominanten Tributstaat in der asiatisch-pazifischen Region.

Wenn ich Chinas neue «grand strategy» zusammenfassen müsste, würde ich dies, im chinesischen Stil, mit «vier Mehrs» tun: mehr konsumieren, mehr importieren, mehr investieren im Ausland und mehr erfinden. Indem China mehr konsumiert, kann es seinen Handelsüberschuss reduzieren und macht sich dadurch beliebt bei wichtigen Handelspartnern, insbesondere bei anderen Schwellenländern. Im letzten Jahr hat China die USA als weltweit grös-

**«Jetzt sind wir die Herrscher»:
so lautet der Refrain,
den ich in China immer
wieder hörte.**

ten Automobilmarkt überholt (14 Millionen Dollar Umsatz pro Jahr, verglichen mit 11 Millionen), und seine Nachfrage wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich verzehnfachen.

Im Jahr 2035 wird China nach Angaben der Internationalen Energieagentur ein Fünftel der weltweiten Energie verbrauchen, was einem Anstieg um 75 Prozent seit 2008 entspricht. China war 2009 verantwortlich für 46 Prozent des weltweiten Kohlenkonsums, so schätzt die World Coal Association, und verbraucht einen ähnlich hohen Anteil der weltweiten Produktion von Aluminium, Kupfer, Nickel und Zink. Im vergangenen Jahr hat China doppelt so viel Rohstahl verbraucht wie die Europäische Union, die USA und Japan zusammen.

Solche Zahlen bedeuten riesige Gewinne für jene, die diese und andere Rohstoffe exportieren. Bereits ist China Australiens grösster Exportmarkt (22 Prozent der australischen Exporte). China importiert 12 Prozent der brasilianischen Exporte und 10 Prozent jener von Südafrika. Es ist auch zu einem grossen Abnehmer von hochwertigen Industriegütern aus Japan und Deutschland geworden. Einst war China vor allem ein Exporteur von Niedrigpreisgütern. In einer Zeit, in der China ein Fünftel des globalen Wachstums ausmacht, ist es zum dy-

namischsten neuen Markt für die Sachen anderer Leute geworden. Das macht Freunde.

Strassen gegen Bergbau

Die Chinesen blicken zu Recht nervös auf die Launen der Weltmarktpreise für Rohstoffe. Wie könnten sie auch anders nach den grossen Preisschwankungen der letzten Jahre? Allein im Januar 2010 tätigten die Chinesen Direktinvestitionen im Wert von insgesamt 2,4 Milliarden US-Dollar in 420 ausländischen Unternehmungen in 75 Ländern und Regionen. Die überwiegende Mehrheit davon in Asien und Afrika. Die grössten Sektoren betrafen Bergbau, Transport und Petrochemie. In ganz Afrika ist die chinesische Arbeitsweise inzwischen gut etabliert. Typische Abkommen sichern afrikanischen Staaten Schnellstrassen und andere Investitionen in Infrastruktur zu und verlangen im Gegenzug langfristige Pachtverträge für Minen und landwirtschaftliche Flächen, ohne Fragen nach Menschenrechtsverletzungen oder politischer Korruption zu stellen.

Wachsende Auslandsinvestitionen in natürliche Ressourcen sind nicht nur eine sinnvolle Diversifikationsstrategie, um Chinas Gefährdung durch das Risiko einer Abwertung des Dollars zu reduzieren. Es erlaubt China auch, seine finanzielle Macht zu erweitern – nicht zuletzt durch seine riesigen und einflussreichen Staatsfonds. Und es rechtfertigt ehrgeizige Pläne für maritime Expansion. Das Südchinesische Meer wurde bereits zum «nationalen Kerninteresse» erklärt; geplant sind Tiefseehäfen in Pakistan, Burma und Sri Lanka. Kürzlich hat China seinen ersten Flugzeugträger enthüllt, ein neu hergerichtetes Schiff der Sowjetunion. Nationalistische Blogger haben vorgeschlagen, dass es nach Shi Lang benannt werden solle, dem chinesischen Admiral, der im 17. Jahrhundert Taiwan erobert hatte.

Und schliesslich – entgegen der Vorstellung, dass China dazu verdammt sei, das Fliessband für Produkte «designed in California» zu bleiben – steigert das Land seine Innovationsleistungen. Es will weltweit führender Hersteller von Windturbinen und Photovoltaikmodulen werden. Im Jahr

2007 überholte China Deutschland mit der Zahl von angemeldeten Patenten. Bald wird es Deutschland mit der Zahl von erteilten Patenten übertreffen. Experten mögen über die Qualität chinesischer Patente debattieren, aber Chinas Regierung bemüht sich darum, diesem Problem mit einer grossen Menge von Forschungsgeldern – und Hochschulabgängern – entgegenzutreten.

Eindämmen oder Platz anbieten?

Es ist stets ein qualvolles Dilemma, wenn sich die «scheidende» Macht mit einer «ankommenden» Macht konfrontiert sieht. Die Kosten, Deutschlands Aufstieg zu widerstehen, wogen für Grossbritannien in der Tat schwer; es war viel einfacher, leise in die Rolle des Juniorpartners der USA zu schlüpfen. Sollten die USA also versuchen, China einzudämmen, oder sollten sie ihm einen Platz anbieten? Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass der gewöhnliche Amerikaner sich in der Reaktion nicht sicherer fühlt als der Präsident. In einer Umfrage des *Pew Research Center* sagten letztes Jahr 49 Prozent, dass sie nicht erwarten, dass China «die USA als die weltweit wichtigste Supermacht überholt». 46 Prozent waren schon gegenteiliger Meinung.

Mit einer neuen Weltordnung zurechtzukommen, war schon nach dem Kollaps der Sowjetunion schwierig genug. Der Kalte Krieg dauerte etwas mehr als vier Jahrzehnte, aber die Sowjetunion kam nicht ansatzweise dazu, die USA ökonomisch einzuholen. Was wir hingegen heute erleben, ist das Ende von 500 Jahren westlicher Vorherrschaft. Dieses Mal ist die Herausforderung aus dem Osten echt, sowohl ökonomisch als auch geopolitisch.

Die Herren aus Peking mögen noch nicht die Herrscher sein. Aber eines ist klar: sie sind nicht länger die Lehrlinge.

Aus dem Englischen übersetzt von Florian Rittmeyer.